

**Soziale Orientierung**

---

**Band 12**

# **Zukunftsfähige Gesellschaft**

**Beiträge zu Grundfragen  
der Wirtschafts- und Sozialpolitik**

**Herausgegeben von**

**Anton Rauscher**



**Duncker & Humblot · Berlin**

**ANTON RAUSCHER (Hrsg.)**

**Zukunftsfähige Gesellschaft**

# **Soziale Orientierung**

**Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission  
bei der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle  
Mönchengladbach**

**In Verbindung mit**

**Karl Forster † · Hans Maier · Rudolf Morsey**

**herausgegeben von**

**Anton Rauscher**

**Band 12**

# **Zukunftsfähige Gesellschaft**

**Beiträge zu Grundfragen  
der Wirtschafts- und Sozialpolitik**

**Herausgegeben von**

**Anton Rauscher**



**Duncker & Humblot · Berlin**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Zukunftsfähige Gesellschaft** : Beiträge zu Grundfragen der  
Wirtschafts- und Sozialpolitik / hrsg. von Anton Rauscher. –  
Berlin : Duncker und Humblot, 1998  
(Soziale Orientierung ; Bd. 12)  
ISBN 3-428-09294-5

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen  
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1998 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fremddatenübernahme und Druck:  
Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 0720-6917  
ISBN 3-428-09294-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☉

## Vorwort

Im Februar 1997 erreichte die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland ihren bisher höchsten Stand: 4,65 Millionen Menschen sind ohne Erwerbsarbeit. Man hatte zwar mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den Wintermonaten gerechnet, aber nicht damit, daß die Zahlen regelrecht explodierten. Die Meldung wirkte wie ein Schock bei den politischen Parteien, der Koalition ebenso wie der Opposition, bei den Sozialpartnern, auch bei den Gewerkschaften, bei der breiten Öffentlichkeit. Würde diese Zuspitzung der Lage die Barrieren niederreißen, die bisher einen wirksamen Abbau der Arbeitslosigkeit blockiert hatten? Anfangs schien es so, als ob die allgemeine Stimmung „Wir können nicht so weitermachen wie bisher“ einen Durchbruch bewirken könnte.

Auch das gemeinsame Wort der evangelischen und katholischen Kirche „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“, das nach langer Vorbereitung am 22. Februar der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, rief zur „notwendigen Neuorientierung der Gesellschaft und Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“ auf. „Die Arbeitslosigkeit in Deutschland“, heißt es im Vorwort des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche, Klaus Engelhardt, und des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, „hat einen Höchststand nach dem Zweiten Weltkrieg erreicht. Der Sozialstaat ist an Belastungs- und Finanzierungsgrenzen gestoßen. Die traditionelle Sozialkultur befindet sich im Zuge der Individualisierung und Urbanisierung in einem starken Wandel und hat sich an vielen Stellen aufgelöst. Anspruchsdenken und Egoismus nehmen zu und gefährden den solidarischen Zusammenhalt in der Gesellschaft.“ Leider konnten es auch die Kirchen nicht verhindern, daß schon bald die alte „Normalität“ einkehrte.

Die aufsehenerregende Rede, die Bundespräsident Roman Herzog am 26. April in Berlin hielt, hatte diese Situation vor Augen: „Unser eigentliches Problem ist also ein mentales: Es ist ja nicht so, als ob wir nicht wüßten, daß wir Wirtschaft und Gesellschaft dringend modernisieren müssen. Trotzdem geht es nur mit quälender Langsamkeit voran. Uns fehlt der Schwung zur Erneuerung, die Bereitschaft, Risiken einzugehen, eingefahrene Wege zu verlassen, Neues zu wagen. . . Alle politischen Parteien und alle gesellschaftlichen Kräfte beklagen übereinstimmend das große Problem der hohen Arbeitslosigkeit. Wenn sie wirklich meinen, was sie sagen, erwarte ich, daß sie jetzt schnell und entschieden handeln! Ich rufe auf zu mehr Entschlossenheit! Eine Selbstblockade der politischen Institutionen können wir uns nicht leisten.“ Dennoch verhallte auch diese Mahnung: „Durch Deutschland muß ein Ruck gehen“ ohne größere Resonanz.

Die politischen Parteien tun sich offenbar schwer, ihre festgezurrten Positionen zu verlassen und im Sinne des Gemeinwohls und der Gemeinsamkeit der Demokraten eine Wende herbeizuführen, die die Massenarbeitslosigkeit abzubauen in der Lage ist. Auch die Tarifparteien bewegen sich kaum und gefallen sich darin, der Gegenseite die Schuld an der gegenwärtigen Misere zuzuschieben. Die Bevölkerung muß den Eindruck gewinnen, die etablierten Mächte würden versagen und seien nicht fähig, die Reformen anzugehen, die nicht mehr aufgeschoben werden dürfen.

In dieser Situation machen sich viele Menschen in Deutschland Gedanken über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Jetzt müssen die Weichen gestellt werden, damit wir nicht ins Schlepptau der Entwicklung im zusammenwachsenden Europa und in der Welt geraten, sondern auch in Zukunft diese Entwicklung aktiv mitgestalten, und zwar auf der Grundlage jener Wertorientierungen, die die Soziale Marktwirtschaft für viele Menschen und Völker so anziehend und nachahmenswert gemacht haben.

Die 11 Beiträge zu Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik knüpfen an die Überlegungen an, die die Autoren schon bisher zu den wirtschaftlichen und sozialen Reformbemühungen beigesteuert haben. Sie melden sich erneut zu Wort und wollen ihre Sachkompetenz und ihre wissenschaftliche Verantwortung für die Reform von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einbringen. Die Autoren hoffen, zusammen mit all jenen, die ebenfalls die Selbstblockaden durchbrechen und den notwendigen Entscheidungsprozeß beschleunigen wollen, die Wege zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft freizulegen.

Mönchengladbach, im September 1997

*Anton Rauscher*

## Inhaltsverzeichnis

<i>Anton Rauscher</i>	
Grundwertorientierungen in der gegenwärtigen Situation .....	9
<i>Alfred Schüller</i>	
Wie kann und soll eine Soziale Marktwirtschaft der Zukunft aussehen? .....	29
<i>Egon Tuchtfeldt</i>	
Bildungssystem und Soziale Marktwirtschaft .....	53
<i>Christian Watrin</i>	
Die Herausforderung der Globalisierung: Chancen und Notwendigkeiten .....	69
<i>Gerhard D. Kleinhenz</i>	
Die Arbeitsmärkte der Zukunft und Wege zu mehr Beschäftigung .....	87
<i>Gernot Gutmann</i>	
Die Wechselseitigkeit von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik .....	101
<i>Heinz Lampert</i>	
Familie und Familienpolitik im Rahmen der Sozialstaatsreform .....	121
<i>Günter Neubauer</i>	
Gesundheitsvorsorge der Zukunft .....	141
<i>Lothar Roos</i>	
Altersvorsorge und Vermögensbildung .....	157
<i>Wolfgang Ockenfels</i>	
Ökologie und Technik in sozialemethischer Perspektive .....	179
<i>Hans Tietmeyer</i>	
Die Rolle der Geldwertstabilität für die politische und gesellschaftliche Kultur .....	199
Verzeichnis der Mitarbeiter .....	219





# **Grundwertorientierungen in der gegenwärtigen Situation**

Von Anton Rauscher

Die Bundesrepublik Deutschland bietet zur Zeit ein eher zwiespältiges Gesicht. Auf der einen Seite ist der Wohlstand im ganzen Land mit Händen zu greifen: die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Diensten, auch des gehobenen Bedarfs bis hin zum Luxus, die vielen Neubauten und die neuen Wohnhäuser in den Randgürteln der Großstädte und in ländlichen Siedlungen, die glitzernde Autoflut in den Städten und auf den Autobahnen, die voll ausgebaute und funktionierende Infrastruktur, ein gegliedertes und weithin anerkanntes Schul- und Bildungswesen, die ungebrochene Reiselust, die sogar in Krisenzeiten noch zugenommen hat. All dies und nicht zuletzt der erneut boomende Export lassen Rückschlüsse zu auf die enorme Leistungskraft der Wirtschaft. Hinzu kommen die ärztliche und medizinische Versorgung der Kranken, die sich auf hohem Stand befindet, das dichte soziale Netz, das trotz einer Reihe von Korrekturen und Einsparungen das Ansehen Deutschlands als Sozialstaat begründet und für viele Menschen begehrenswert ist.

Auf der anderen Seite steht Deutschland vor gewaltigen Problemen, die sich seit der historischen Wende von 1989/90 noch zugespitzt haben: die Massenarbeitslosigkeit, die mit 4,65 Millionen im Februar 1997 ein früher nicht vorstellbares Ausmaß erreicht hat, die riesigen Löcher in den öffentlichen Kassen bei Bund, Ländern und Gemeinden und der Anstieg der Staatsverschuldung – vor allem infolge der Transferleistungen in die ostdeutschen Bundesländer –, die Sorgen um die Sicherheit der Renten angesichts der demographischen Entwicklung, das Ringen um die Erhaltung eines leistungsfähigen und noch bezahlbaren Gesundheitswesens, die Zunahme von Armut mitten im Wohlfahrtsstaat. Die Zeiten des sogenannten Wirtschaftswunders sind vorbei. Wird die Soziale Marktwirtschaft auch in Zukunft die Quelle des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit sein?

## **I. Reformstau und Selbstblockade**

In den Massenmedien ist viel von Reformstau und Selbstblockade die Rede. Diesen Eindruck haben in der Tat viele Bürger gewonnen, seitdem das „Bündnis für Arbeit“, das die Bundesregierung mit den Gewerkschaften und den Wirtschaftsverbänden zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit schmieden wollte, schon

nach wenigen Monaten im Frühjahr 1996 gescheitert war. Dann folgte ein monatelanges Tauziehen um die große Steuerreform. Viele hatten der Bundesregierung gar nicht mehr zugetraut, ein Reformwerk zustande zu bringen, das diesen Namen verdient hätte und das zur Belebung der Wirtschaft und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen könnte. Als das Reformkonzept endlich vorgelegt wurde und eigentlich von allen Seiten recht gute Noten bekam, setzte jenes Trauerspiel ein, das die Menschen nicht mehr verstehen können. Obwohl maßgebliche Oppositionspolitiker in wichtigen Punkten ganz ähnlich gedacht hatten und sich für die Änderung des Steuertarifs, auch des Spitzensteuersatzes, und für die Abschaffung der zahllosen Steuerschlupflöcher, die die gut Verdienenden immer perfekter zu nutzen wissen, ausgesprochen hatten, will die SPD-Führung jetzt die Steuerreform, selbst einen für beide Seiten noch tragfähigen Kompromiß, im Bundesrat scheitern lassen, auch wenn das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Dabei geraten die öffentlichen Kassen immer stärker unter Druck. Die Zuschüsse, die der Bund zur Deckung der Ausgaben für Arbeitslose an die Bundesanstalt für Arbeit überweisen muß, sind gewaltig angestiegen. Die Arbeitslosenversicherung allein kann die Milliarden nicht mehr aufbringen. Auch die Belastungen der Kommunen, die für diejenigen Arbeitslosen zu sorgen haben, die auf die Sozialhilfe angewiesen sind, haben zugenommen. Zugleich sind die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden trotz der erstarkten Wirtschaftstätigkeit zurückgefallen. Die Kunst, Steuern zu vermeiden, ist inzwischen so ausgeprägt, daß man geradezu von einer Schwindsucht reden könnte, die die Körperschaftsteuern und die veranlagten Einkommensteuern befallen hat.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin gelangte kürzlich bei der Untersuchung der Entwicklung der öffentlichen Finanzen seit dem Jahre 1993 zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtige Finanzkrise allenfalls zu 40 Prozent auf die mit der deutschen Einheit verbundenen Transferleistungen zurückzuführen sei, wohingegen für 60 Prozent der Steuerausfälle des Staates die Wachstums- und Beschäftigungskrise verantwortlich zeichne. Die Regierung habe es unterlassen, die Weichen für den von ihr mit hoher Priorität versehenen Rückgang der Staatsquote zu stellen; die Opposition habe sich aus wahl- und parteitaktischen Gründen so gut wie allen Reformplänen widersetzt; die Tarifparteien schließlich hätten es nicht fertiggebracht, ihren Beitrag zu einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten.<sup>1</sup>

Ähnlich liegen die Dinge im Sozialbereich. Die Massenarbeitslosigkeit, aber auch die geringen Lohn- und Gehaltssteigerungen der letzten Jahre haben bewirkt, daß die Beitragseinnahmen bei den sozialen Sicherungssystemen stagnieren und es immer schwieriger wird, die gesetzlichen Verpflichtungen einzulösen. Dies trifft besonders die gesetzliche Rentenversicherung, zumal die Menschen immer älter werden, ohne daß dieser Tatbestand bei der Einführung der dynamischen Rente beachtet worden ist. Auch die Pensionslasten für Beamte in den öffentlichen Haushal-

---

<sup>1</sup> Vgl. Maier-Mannhart, 1997, S. 25.

ten von Bund und Ländern steigen ebenfalls weiter an. Desgleichen wächst im Gesundheitsbereich die Kluft zwischen den Beitragseinnahmen der gesetzlichen Krankenkassen und den Ausgaben für Gesundheitsleistungen. Hier wirken sich die Fortschritte der Medizin ebenso kostensteigernd aus wie der hohe Bedarf an ärztlicher und medizinischer Versorgung der älteren Bürger. Die Bundesregierung versucht, diese Entwicklungen durch größere und kleinere Korrekturen im Rentenbereich und durch Kostendämpfung und Selbstbeteiligung der Patienten in den Griff zu bekommen. Leider machen es sich die Oppositionsparteien zu leicht, wenn sie das unangenehme Geschäft des Sparens den Regierungsparteien überlassen möchten und, statt eigene Vorschläge zu entwickeln, alle Reformgesetze im Sozialbereich im Bundesrat ablehnen, ja sogar noch weitere ausgabenträchtige Forderungen einbringen.

Die Enttäuschung in der Bevölkerung über die Unfähigkeit der Politik zu durchgreifenden Reformen ist groß. Umfragen zeigen, daß etwa zwei Drittel der Bürger davon überzeugt sind, daß nur einschneidende Reformen uns aus der gegenwärtigen Situation wieder herausbringen werden. Sie sind auch persönlich bereit, erhebliche Opfer auf sich zu nehmen, wenn insgesamt die Belastungen gerecht auf alle Schichten verteilt werden. Ein Drittel allerdings lehnt Sparmaßnahmen und Reformen ab, die ihre Einkommenslage und ihren Lebenszuschnitt schmälern würden.

Die skizzierte politische Großwetterlage hat dazu geführt, daß die bisherigen Bemühungen um die Belebung der Wirtschaft und zur Stärkung des Arbeitsmarktes in der Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommen werden und auch in den Medien eine untergeordnete Rolle spielen. So kann die Bundesregierung darauf verweisen, daß zahlreiche Ziele ihres 50-Punkte-Programms zur Stärkung der Wirtschaft vom Frühjahr 1996 inzwischen verwirklicht wurden oder auf gutem Wege sind. Hier sind zu nennen: die beschlossene Abschaffung der Gewerbesteuer – eine wirklich unmoralische Steuer, die die Unternehmen auch dann bezahlen müssen, wenn sie keine entsprechenden Erträge und Gewinne, sondern Verluste machen und die deshalb kontraproduktiv bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirkt; die Rücknahme des Kündigungsschutzes für kleinere Betriebe, die auch bei Bedarf keine Arbeitslosen mehr einstellen wollten, weil sie selbst dann, wenn die Aufträge ausblieben, sie nicht mehr entlassen konnten; die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften durchgesetzt wurde und inzwischen für viele nicht organisierte Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Betrieben eingeführt wurde und die zur Kostenentlastung und zur Erhaltung der Arbeitsplätze beiträgt; die Abzugsfähigkeit der Ausgaben für Hausangestellte – eine Maßnahme, die allerdings nur einen kleinen Teil der in Haushalt und Familien Beschäftigten in den legalen Arbeitsmarkt zurückbrachte.

Viele dieser Maßnahmen sind gewiß nicht ohne Wirkung auf die Wirtschaft und auch auf den Arbeitsmarkt geblieben, zumindest in dem Sinne, daß eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit, wenn man von dem Einbruch in der Bauwirtschaft absieht, verhindert werden konnte. Allerdings ist die erhoffte Wende auf dem Arbeitsmarkt nicht eingetreten. Mit größeren oder kleineren Korrekturen der genann-